

STADT FEHMARN

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 12. Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, den 3. Juni 2014, 17.00 Uhr,
im Verwaltungsgebäude, Burg auf Fehmarn, Bahnhofstraße 5, 23769 Fehmarn

Anwesend sind folgende Ausschussmitglieder:

Stadtvertreterin Margit Maaß als Vorsitzende,
Stadtvertreterin Marianne Unger,
Stadtvertreter Andreas Herkommer in Vertretung für Erster Stadtrat Jörg Weber,
Stadtvertreter Werner Ehlers,
Stadtvertreter Oliver Schultz.

Weiter anwesend:

Bürgervorsteherin Brigitte Brill,
Bürgermeister Otto-Uwe Schmiedt,
Stadtvertreterin Christiane Dittmer,
Stadtvertreter Andreas Hansen,
Stadtvertreter Josef Meyer,
Projekt-/Regionalmanagerin Dr. Johanna Heitmann
bis einschl. TOP 7.,
Gleichstellungsbeauftragte Giesa Wulf,
Frau Beate Burow, Fachbereich Allgemeine Verwaltung/
Geschäftsstelle des Umweltrates bis einschl. TOP 7.,
Stv. Tourismusdirektor Lars Widder bis einschl. TOP 7.

Entschuldigt fehlt:

Erster Stadtrat Jörg Weber

Protokollführer:

Günther Schröder

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gremiums sowie alle Anwesenden. Die Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zur Tagesordnung liegen keine Änderungsanträge vor. Die Vorsitzende bittet, die TOP's 8. und 9. im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Darüber wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

TOP 8 „Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil“ und TOP 9 „Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil“, werden nichtöffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anschließend verliest die Vorsitzende die Tagesordnung wie folgt:

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 6. Mai 2014
3. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbeltquerung
4. Mitteilungen im öffentlichen Teil
5. Grundsatzbeschluss über den Verbleib in der AktivRegion Wagrien- (HA 013-2014) Fehmarn, sowie die Bereitschaft zur öffentlichen Kofinanzierung von Projekten
6. Zukünftige Nutzung der Schaukästen bei den Telefonzellen am Markt (HA 014-2014)
7. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil

B. Nichtöffentlicher Teil

8. Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil
9. Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde

1.1 Herr Hendrick Kerlen, Ortsteil Westermarkelsdorf, als Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung stellt zur Problematik eines von Femern A/S angestrebten Baubeginns im Jahre 2015 nachfolgende Fragen:

a) Ist der Stadt Fehmarn bekannt, dass zusammen mit dem Planfeststellungsbeschluss für den Fehmarnbelttunnel ein bergrechtlicher Rahmenbetriebsplan für die Aushubarbeiten für den Tunnel aufgestellt werden soll (Erläuterungsbericht, Seite 176, Ziffer 7.1.1.1.4)?

b) Aufgrund anwaltlicher Beratung geht das Aktionsbündnis davon aus, dass die Aufstellung eines bergrechtlichen Rahmenbetriebsplans rechtlich die Möglichkeit eröffnet, mit den Aushubarbeiten für den Tunnel zu beginnen, bevor der Planfeststellungsbeschluss erlassen wird. Haben sich die Stadt Fehmarn oder ggf. deren Anwälte mit dem Problem befasst und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

c) Wird die Stadt Fehmarn (ggf. durch Anwälte) eine Einwendung, die auch klagefähig ist, im Rahmen der jetzigen Beteiligungsrunde einreichen? Wenn ja, für wann ist die Einreichung dieser Einwendung geplant?

Bürgermeister Schmiedt sagt Herrn Kerlen eine schriftliche Beantwortung seiner vorgenannten Fragen zu.

1.2 Herr Kerlen fragt, ob es der Stadt bekannt sei, dass das Stichwort Feuerwehr in den Antragsunterlagen für die Baugenehmigung des Tunnels an keiner Stelle auftauche.

Wird die Stadt deswegen eine Einwendung zum Sicherheitskonzept des Tunnels, insbesondere zum Fehlen eines institutionellen Konzeptes für die Organisation, die für die Brandbekämpfungsmaßnahmen und bei anderen Unfällen im Tunnel selbst und in dessen Außenbereich zuständig sein soll, einreichen?

Bürgermeister Schmiedt antwortet, dass dieser Umstand bekannt sei, jedoch schon seit Jahren eine Arbeitsgruppe im Innenministerium eingerichtet sei, die sich mit Feuerwehr- und Katastrophenschutzangelegenheiten befasse. Dieser Arbeitsgruppe gehöre die Stadt Fehmarn seit dem auch als ständiges Mitglied an.

Bürgermeister Schmiedt führt weiter aus, dass es sich um ein privates Tunnelbauwerk handle und der Betreiber für die Sicherheit im Objekt verantwortlich sei. Eine Tunnelrettung sei im städtischen Feuerwehrkonzept zudem nicht vorgesehen. Hier seien lediglich Einsätze im Rahmen der Amtshilfe denkbar.

1.3 Herr Kerlen fragt, ob die Stadt Fehmarn zum Planfeststellungsverfahren eine Einwendung zum Sicherheitskonzept für die Schifffahrt abgeben werde, da in diesem im Zusammenhang mit der Bauphase das Problem des Umgangs mit Havarien und deren Umweltfolgen völlig ausgeklammert geblieben sei (Anl. 28).

Bürgermeister Schmiedt antwortet, dass bereits jetzt eine Zusammenarbeit mit dem Havariekommando bestehen würde. Die Angelegenheit werde aber geprüft.

1.4 Herr Kerlen fragt, ob die Stadt Fehmarn die rechtlichen Folgen auf den Präklusionseintritt infolge der vom LBV-SH gewährten Fristverlängerung für die Abgabe ihrer Stellungnahme bis zum 7. Juli habe prüfen lassen? Diese Fristverlängerung könnte evtl. rechtswidrig sein.

Bürgermeister Schmiedt teilt hierzu mit, dass die Abgabefrist schriftlich mitgeteilt worden sei. Verantwortlich sei die Behörde, die diese Frist festgelegt habe. Zudem seien die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes zu beachten.

1.5 Schweinemastanlage Petersdorf

Herr Jürgen Meißner, Ortsteil Petersdorf, stellt sich vor und teilt mit, dass er der Sprecher der Interessengemeinschaft „Lebenswertes Fehmarn“ sei. Die Interessengemeinschaft habe sich gegründet, um eine Erweiterung einer Schweinemastanlage in der Gemarkung Schlagsdorf, wenn möglich, zu verhindern.

Herr Meißner nimmt Bezug auf ein Schreiben der IG und fragt, wie mit der dortigen Forderung, den geplanten Bau einer Schweinemastanlage in der Gemarkung Schlagsdorf nicht zu genehmigen, von den zuständigen Gremien der Stadt Fehmarn konkret umgegangen werde.

Bürgermeister Schmiedt antwortet, dass die Einwendungen kritisch betrachtet und abgearbeitet werden. Die Entscheidung über die Genehmigung der Anlage falle jedoch im zuständigen Ministerium in Kiel.

Auf Nachfrage von Herrn Meißner teilt Bürgermeister Schmiedt mit, dass die Angelegenheit innerhalb der Abgabefristen ans Ministerium abgegeben werde. Herrn Meißner wird eine diesbezügliche Abgabennachricht zugesagt.

Abschließend teilt Bürgermeister Schmiedt mit, dass Personen, die eine Eingabe zum Vorhaben abgegeben haben, vom Ministerium eine entsprechende Entscheidungsbegründung zur Kenntnis erhalten.

2. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 6. Mai 2014

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 6. Mai 2014 wird festgestellt.

3. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbelt-Querung

Frau Dr. Heitmann gibt anhand einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, Informationen zu:

- a) Planungsverfahren (Überblick)
- b) Veranstaltungsrückblick (Auswahl)
 - Bürgerbeteiligung FFBQ Fehmarn
 - Lolland-Falster-Aktivitäten
- c) Internetpräsenz.

Auf Nachfrage wird der Termin zur Abgabe der Stellungnahmen und Einwendungen mit Donnerstag, dem 3. Juli 2014, bestätigt. Für beteiligte „Träger öffentlicher Belange“ (TÖB) ist es der 7. Juli 2014.

Stadtvertreterin Unger bittet vor Abgabe der Stellungnahmen/Einwendungen Rechtsanwältin Frau Dr. John zu beteiligen.

Bürgermeister Schmiedt teilt hierzu mit, dass die Beteiligung von Frau Dr. John bereits so vorgesehen sei.

4. Mitteilungen im öffentlichen Teil

4.1 Pflegestützpunkt Ostholstein

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass er zusammen mit der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Frau Hannelore Kammer, am 26. Mai 2014, an der Einweihung des Pflegestützpunktes im Kreis Ostholstein in Eutin teilgenommen habe.

Die Geschäftsstelle wurde gebeten, auch auf Fehmarn Beratungstermine anzubieten. Eine wohlwollende Prüfung wurde zugesagt.

4.2 Schulkostenbeiträge für die Förderzentren Geistige Entwicklung

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass zur Klärung der Rechtsfrage eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Kreis und der Kommune vermieden werden solle.

Maßgeblich für die zukünftige rechtliche Würdigung der Rechtmäßigkeit der Schulkostenbeiträge, soll daher das abschließende Ergebnis einer gerichtlichen Prüfung entsprechender Klagen anderer Kreise durch die Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgerichtsbarkeit oder jener des Bundes sein. Nach Vorliegen der gerichtlichen Entscheidung wird sich sowohl die Stadt Fehmarn als auch der Kreis Ostholstein diesem Beschluss fügen.

4.3 Fördermittel für Neubau Obdachlosen-/Asylbewerberunterkünfte

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass zwischenzeitlich eine Antwort des Innenministeriums zum Antrag der Stadt Fehmarn auf Bereitstellung von Fördermitteln für den Neubau von Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünften vorliege. Er zitiert aus dem Schreiben des Innenministeriums wie folgt:

„Die von der Stadt Fehmarn geschilderten Probleme werden auch von der Landesregierung gesehen. Herr Minister Breitner hat daher ein Programm zur Förderung der Unterbringung und des Wohnens für Flüchtlinge neu initiiert und beabsichtigt, landesweit ab 2015 ein Förderbudget in Höhe von 20 Mio. € zur Verfügung zu stellen.

Mit diesem Förderprogramm können sowohl die kommunalen Erstaufnahmen – in neuen gemeinschaftlichen Wohnformen – als auch Angebote für eigenständiges und längerfristiges Wohnen unterstützt werden. Die Förderung erfolgt auf Darlehensbasis, nicht als Zuschuss oder Erstattung“.

Bürgermeister Schmiedt, wie auch die Mitglieder des Gremiums sind über diese Antwort enttäuscht, da für die Kommune so nicht förderlich.

4.4 „Hoffnungsflotte 2014“

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass das sozialpädagogische Projekt „Hoffnungsflotte 2014/sunshine4kids“ für Kinder und Jugendliche in Not in diesem Jahr auch in der Stadt Fehmarn am Jachthafen Station macht. Im Zeitraum vom 18. bis 27. Juli werden Veranstaltungen entlang der Ostseeküste stattfinden. So sei auch vorgesehen, fehmaraner Kinder ins Projekt einzuladen.

Ziel des Projektes sei es, Kindern die Sorgen und Probleme des Alltags zu nehmen und ihnen eine fröhliche und unbeschwerte Zeit auf den Booten der „Hoffnungsflotte“ zu schenken. Dieses Erlebnis soll sich prägend und richtungsweisend auf ihre Zukunft auswirken.

4.5 UNESCO-Gruppe an der Inselfschule

Bürgermeisterin Brill teilt mit, dass ihr ein Schreiben der UNESCO-Gruppe der Inselfschule Fehmarn vorliege. Für die UNESCO-Gruppe wäre wünschenswert, auf den Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, der sich im August 2014 zum 100. Male jährt, in einer gemeinsamen Informationsveranstaltung mit der Stadtvertretung Fehmarn hinzuweisen.

Bürgervorsteherin Brill habe den Fraktionsvorsitzenden entsprechendes Infomaterial in ihr jeweiliges Postfach gelegt.

4.6 Sondersitzungen Stadtvertretung und Bau- und Umweltausschuss

Die Vorsitzende teilt mit, dass am 1. Juli 2014 zusätzliche Sitzungen der Stadtvertretung und des Bau- und Umweltausschusses vorgesehen seien, um die eingegangenen Einwendungen / Stellungnahmen zum Planfeststellungsverfahren einer festen Fehmarnbeltquerung abzarbeiten. Die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beginnt um 17:00 Uhr, die Sitzung der Stadtvertretung um 19:00 Uhr. Beide Sitzungen finden im Feuerwehrhaus in Burg auf Fehmarn statt.

Der für diesen Tag vorgesehene Hauptausschuss entfällt.

5. Grundsatzbeschluss über den Verbleib in der AktivRegion Wagrien-Fehmarn, sowie über die Bereitschaft zur öffentlichen Kofinanzierung von Projekten

Vortrag gemäß Vorlage HA 013-2014

Sachverhalt:

Die Stadt Fehmarn ist seit 2006 Mitglied in der AktivRegion Wagrien Fehmarn. Bis heute konnten über diese Mitgliedschaft Fördergelder von insgesamt 2,7 Mio. € über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) generiert werden. Die Liste der geförderten Projekte, sowohl öffentlicher als auch privater, ist als Anlage beigefügt.

Die neue EU-Förderperiode 2014-2020 läuft gerade an und die AktivRegion Wagrien-Fehmarn möchte sich wieder bewerben. Eine Anerkennung ermöglicht, über EU-Fördergelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) zu verfügen. Die Bewerbung muss bis spätestens 30. September eingereicht werden (Ausschlussfrist). Zurzeit erstellt das Büro inspektour GmbH im Auftrag der AktivRegion Wagrien-Fehmarn die neue „Integrierte Entwicklungsstrategie“ (IES), die Voraussetzung für die Anerkennung ist. An diesen Kosten beteiligt sich Fehmarn einmalig mit 4.121,-- €.

Der IES muss unbedingt der **Grundsatzbeschluss** aller Kommunalvertretungen der Mitgliedsstädte und –gemeinden über deren Verbleib in der AktivRegion Wagrien-Fehmarn sowie über die Bereitstellung öffentlicher Kofinanzierungsmittel für das Betreiben der Lokalen Aktionsgruppe, die Umsetzung von öffentlichen Projekten und der Sicherung von Projekten in privater Trägerschaft beigefügt werden. Damit die Bewerbung um weitere Anerkennung als AktivRegion innerhalb der Ausschlussfrist abgegeben werden kann, müssen die Städte und Gemeinden einen Grundsatzbeschluss bis spätestens 15. September 2014 gefasst haben.

Im Falle der Anerkennung verfügt die AktivRegion innerhalb der nächsten Förderperiode über rund 3 Millionen Euro Fördermittel (Zuwendungen) für förderfähige Projekte.

Der bisherige jährliche Anteil an den Kosten für das Regionalmanagement betrug für Fehmarn 7.367,-- €.

Über die Kofinanzierung zukünftiger Projekte wird, wie bereits in der abgelaufenen Förderperiode, jeweils gesondert beschlossen.

Aussprache:

Die Vorsitzende stellt die Vorlage im Detail vor. Die Mitglieder des Gremiums ziehen ein positives Fazit der abgelaufenen Förderperiode und befürworten eine weitere Mitgliedschaft in der AktivRegion Wagrien Fehmarn.

Es ergeht nachfolgender

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt, die Stadtvertretung möge beschließen, dass die Stadt Fehmarn Teil der Gebietskulisse der LAG Wagrien-Fehmarn im Rahmen der ELER-Förderung (2014-2023) wird und die zusammen mit den weiteren Akteuren erarbeitete „Integrierte Entwicklungsstrategie“ (IES) aktiv umsetzt.

2. Zur Umsetzung der Strategie ist die Bereitstellung von öffentlichen Kofinanzierungsmitteln für die Jahre 2015-2023 für das Betreiben der Lokalen Aktionsgruppe und zur Sicherung von Projekten in privater Trägerschaft erforderlich. An dieser Mittelbereitstellung beteiligt sich die Stadt Fehmarn mit einer jährlichen Summe in Höhe von 7.400,-- €.

3. Die Stadt Fehmarn ist darüber hinaus bereit, für Projekte in eigener Trägerschaft, bzw. mit eigener Beteiligung die erforderliche Kofinanzierung bereitzustellen. Diese Zusage steht unter dem Vorbehalt des jeweiligen Haushaltsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

6. Zukünftige Nutzung der Schaukästen bei den Telefonzellen am Markt

Vortrag gemäß Vorlage HA 014-2014

Sachverhalt:

Durch Beschluss des Hauptausschusses vom 5. August 2008 wurden und werden die Schaukästen bei den Telefonzellen am Markt in Burg auf Fehmarn für den Zeitraum der Wahlperiode 2008-2013 und bis heute von allen in der Stadtvertretung Fehmarns vertretenen Parteien / Gruppierungen als Informationsplattformen genutzt.

Die Informationsflächen der Schaukästen wurden den Parteien / Gruppierungen dabei wie folgt zugewiesen, wobei eine Gebühr für die Nutzung nicht erhoben wurde:

Linke Fläche: gemeinsame Nutzung durch Bündnis 90/Die Grünen, BFF und FDP

Mittlere Fläche: linke Hälfte = SPD
rechte Hälfte = CDU
Rechte Fläche: Freie Wählervereinigung.

Nach der Kommunalwahl im Jahre 2013 und dem Austritt von Stadtvertreterin Christiane Dittmer aus der FDP, sind die BFF und die FDP nicht mehr in der Stadtvertretung der Stadt Fehmarn vertreten.

Es ist somit notwendig, einen **Grundsatzbeschluss** über die zukünftige Nutzung der Informationsflächen zu treffen, da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwischenzeitlich beantragt hat, die bisher mit der FDP geteilte Fläche nunmehr allein nutzen zu dürfen.

Aussprache:

Die Vorsitzende führt in die Thematik ein und teilt mit, dass ihr ein Schreiben des Ortsverbandes der FDP vorliege. Sie verliest dieses Schreiben, welches auch Anlage der Niederschrift wird.

Stadtvertreter Ehlers versteht zwar den Wunsch des FDP-Ortsverbandes, stellt jedoch fest, sollte diesem gefolgt werden, dass auch Folgeanträge anderer Parteien/Gruppierungen zu erwarten seien. Er befürwortet daher, die Schaukästen nur Parteien und Wählergruppierungen zur Verfügung zu stellen, die der Stadtvertretung auch tatsächlich angehören.

Stadtvertreter Herkommer erkundigt sich nach dem Abstimmungsergebnis 2008 und stellt anschließend fest, dass sich die SPD-Fraktion den Ausführungen von Stadtvertreter Ehlers anschließe.

Danach ergeht nachfolgender

Beschluss:

1. **Nur die in der Stadtvertretung Fehmarns vertretenen Parteien und Gruppierungen haben die Möglichkeit der Information / Selbstdarstellung in den Schaukästen bei den Telefonzellen am Markt in Burg auf Fehmarn.**
2. **Die Informationsflächen werden (Stand: 1. Juni 2014) wie folgt zugewiesen:**

Linke Fläche: Bündnis 90 / Die Grünen
Mittlere Fläche: Linke Hälfte = SPD
Rechte Hälfte = CDU
Rechte Fläche: Freie Wählervereinigung.
3. **Bei zukünftigen Veränderungen in der Zusammensetzung der Stadtvertretung erfolgt eine Zuweisung der Informationsflächen ohne einen weiteren Beschluss des Hauptausschusses durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt Fehmarn.**
4. **Eine Gebühr für die Nutzung wird nicht erhoben.**

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Abschließend bittet die Vorsitzende die Verwaltung, das Schreiben des FDP-Ortsverbandes Fehmarn zu beantworten.

7. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil

7.1 Vorschlag der CDU-Fraktion Fehmarn an Herrn Bürgermeister Otto-Uwe Schmiedt zur Änderung der jetzigen Parkraumbewirtschaftung

Stadtvertreter Ehlers stellt die Vorschläge zur Modifizierung der jetzigen Parkraumbewirtschaftung im einzelnen vor (die Vorschläge sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt). In Bezug auf die Gültigkeit der Ganzjahresparkscheine auf allen Parkplätzen im Stadtgebiet bittet er den Zusatz „außer Bahnhofstraße/Am Markt/Breite Straße“ in den Vorschlägen zu streichen.

Sollte eine Änderung der jetzigen Parkraumbewirtschaftung zum Tragen kommen und im Ergebnis deutlich weniger Einnahmen zu verzeichnen sein, dann müsse dieser Umstand in die nächsten Haushaltsberatungen einfließen.

Bürgermeister Schmiedt bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Vorschläge, die er zusammen mit der Fachabteilung entsprechend abarbeiten werde. Gleichzeitig erinnert er an das Gespräch mit den Fraktionen im Dezember 2013. Dort wurde vereinbart, eine Parkgebühr erst ab 10.00 Uhr einzuführen sowie in den Monaten November bis Februar freies Parken auch in der Innenstadt zu ermöglichen. Beide Absprachen seien berücksichtigt worden.

Weiterhin teilt Bürgermeister Schmiedt mit, dass immer noch über 60 % der Parkplatzflächen auf der Insel Fehmarn unentgeltlich nutzbar seien. Im Bereich des Südstrandes wurden zudem eine große Anzahl neuer Fahrradstellplätze geschaffen und eingerichtet.

Auch könne auf die Einrichtung einer „Brötchentaste“ verzichtet werden, da die Überwachungskräfte der Stadt Fehmarn erst nach einer 10-minütigen Karenzzeit aktiv werden und entsprechende Ordnungswidrigkeiten feststellen.

Abschließend zitiert Bürgermeister Schmiedt aus dem Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes aus dem Jahr 2008, in dem es wie folgt heißt:

„Die Stadt Fehmarn beschäftigt sich bereits seit längerem mit Fragen der Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung. Nach der Gebührenverordnung der Stadt Fehmarn muss der Eindruck entstehen, dass die Stadt lediglich einen kleinen Teil der vorhandenen Parkplätze bewirtschaftet. Zudem gelten für die durch Parkgebührenverordnung erfassten Flächen nicht unerhebliche gebührenfreie Zeiten (z.B. Ortsteil Burg auf Fehmarn, Am Markt, Bahnhofstraße, Breite Straße und Ohrtstraße ist gleich vier Monate gebührenfrei).

Das Gemeindeprüfungsamt sieht das Erfordernis, im Zuge der notwendigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen die bisher nicht gebührenpflichtigen (Großparkflächen) in eine stadtweite Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen.

Auch vor dem Hintergrund der vom Innenministerium gegebenen Hinweise zur Ausschöpfung der Einnahmequellen spiele die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung eine gewichtige Rolle“.

Bürgermeister Schmiedt erwarte, sollte eine Modifizierung der jetzigen Parkraumbewirtschaftung erfolgen, Vorschläge der Fraktionen hinsichtlich einer möglichen Gegenfinanzierung im Hinblick zu erwartender Mindereinnahmen. Zugleich bittet er, da noch keine Erfahrungswerte vorliegen, die Entwicklung der Parkgebühren abzuwarten.

Stadtvertreter Herkommer führt aus, dass es nicht möglich sei, allen in dieser Angelegenheit gerecht zu werden. Auch die SPD-Fraktion habe am 28. März Vorschläge zur Modifizierung der Parkraumbewirtschaftung an den Bürgermeister gegeben. U. a. die Bitte, mit dem Jahresparkschein sämtliche Großparkplätze nutzen zu dürfen. Der politische Wille zur Erhebung der Parkgebühren bleibe auch weiterhin bestehen.

Für Stadtvertreter Herkommer sei eine Arbeitsgruppe, u.a. bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden, vorstellbar, die über eine Modifizierung der jetzigen Parkraumbewirtschaftung „nachdenke“.

Bürgervorsteherin Brill führt auch, dass ursprünglich auch vorgesehen gewesen sei, ein Monatsticket einzuführen. Sie bittet, dieses bei weiteren Gesprächen nicht aus den Augen zu verlieren.

Abschließend wird auf Bitten von Stadtvertreter Ehlers die Anzahl der bis heute kostenpflichtig erworbenen Ganzjahresparkscheine wie folgt mitgeteilt:

Innenstadt	10	
Parkplatz Ost	23	
Parkplatz West	60	
Burgstaaken	51	
Südstrand/IFA	50	
Südstrand/Mitte	138	Insgesamt: 332.

7.2 Brandruine am Südstrand

Stadtvertreter Ehlers zeigt sich irritiert über die Berichterstattung in der Presse hinsichtlich des Termins zum Abriss der Brandruine am Südstrand. Im letzten verwaltungsinternen Gespräch war vereinbart, den Abriss, wenn möglich, noch im Juni vornehmen zu lassen. In der Presse stand nun zu lesen, dass der Abriss erst im Herbst erfolgen soll. Er bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes.

Des Weiteren wäre für Stadtvertreter Ehlers wünschenswert, einen regelmäßigen Sachstandsbericht zur Südstrandentwicklung auf die Tagesordnung der Sitzungen des Hauptausschusses zu nehmen.

Stadtvertreterin Unger teilt mit, dass seitens der SPD-Fraktion ein weiteres Hinausschieben des Abrisstermins nicht mitgetragen werde.

Bürgermeister Schmiedt führt aus, dass ein Abriss der Brandruine noch vor der Hauptsaison wünschenswert sei. Wenn dieses zeitlich jedoch nicht realisierbar sei, dann unmittelbar nach der Saison.

Des Weiteren sei eine außergerichtliche Einigung/Vereinbarung, wie im letzten Gespräch mit dem Beauftragten der van-Herk Gruppe, Herrn Albert ten Brinke, besprochen, seitens der Stadt wünschenswert. Zurzeit sei ein „neutraler“ Rechtsanwalt mit der Erarbeitung eines entsprechenden gemeinsamen Kompromissvorschlages beauftragt.

Auch für Bürgervorsteherin Brill und Stadtvertreter Herkommer sei ein weiteres Hinausschieben des Abrisstermins nicht hinnehmbar. Herr ten Brinke, als Vertreter der van-Herk Gruppe, sei unglaublich. Eine Einigung sei zudem nicht zu erwarten.

Auf Nachfrage von Stadtvertreter Ehlers, ob ein zeitnahe Abriss auch weiterhin möglich sei, antwortet Bürgermeister Schmiedt, dass dies der Fall sei. Notwendig sei die im Gespräch von allen Fraktionen gewollte außergerichtliche Einigung/Vereinbarung.

7.3 Zweigstelle der Grundschule im Ortsteil Petersdorf

Stadtvertreter Ehlers führt aus, dass die Sitzung des Fachausschusses auf den 18. Juni verschoben worden sei. Zwischenzeitlich habe die Stadt das Ministerium in Kiel angeschrieben, jedoch stehe die Antwort bis heute aus. Für Stadtvertreter Ehlers trage die Landesregierung die Verantwortung für die mögliche Schließung der Außenstelle. Die politischen Vertreter der Stadt werden, ebenso wie der Bürgermeister, als „Prügelknaben“ hingestellt. Für die Stadt Fehmarn bestehe jetzt akuter „Zeitdruck“. Zudem seien die finanziellen Aufwendungen für notwendige Baumaßnahmen in der Grundschule Landkirchen durch die Kommune zu tragen. Die Vorschläge der Eltern blieben zudem unberücksichtigt.

Nach einem Besuch der bildungspolitischen und des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion am gestrigen Tage auf der Insel Fehmarn, werde diese eine „kleine Anfrage“ im Landtag zur beabsichtigten Schließung der Außenstelle in Petersdorf einbringen. Der Termin des Bildungsausschusses des Landes sei für den 11. Juni 2014 terminiert.

Stadtvertreterin Unger führt aus, dass die Sitzung des Fachausschusses verschoben worden sei, um die gesamte Angelegenheit bis dahin nochmals aufzuarbeiten. U.a. sei wünschenswert, eine Strategie der zukünftigen Schullandschaft für die nächsten 15 Jahre zu erarbeiten. Diese scheint für notwendige politische Entscheidungen unabdingbar.

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass ein Schreiben des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein zwischenzeitlich vorliege, in dem es heißt, dass sich das Land nicht an den Kosten notwendiger Baumaßnahmen in Landkirchen beteiligen könne, da für bauliche Investitionen in Schulen originär die Schulträger zuständig seien.

Bürgermeister Schmiedt stellt ausdrücklich fest, dass bis heute weder die Politik, noch die Verwaltung, noch der Bürgermeister, den weiteren Erhalt des Standortes der Zweigstelle der Grundschule in Petersdorf in Frage gestellt habe. Am Donnerstag werde in Kiel ein Gespräch in Sachen Schulstandorte auf Ministerienebene stattfinden. Er habe gebeten, als Teilnehmer diesem Gespräch beizuwohnen. Dies wurde jedoch seitens des Ministeriums abgelehnt.

Bürgermeister Schmiedt erwartet für den kommenden Freitag (6. Juni 2014) ein abschließendes Schreiben des Ministeriums. An diesem Tage müssen auch die Aufträge für eine mögliche Containerlösung in Landkirchen auf den Weg gebracht werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.25 Uhr.